

Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin
 Referat II B
 Turmstr. 21, Haus A, 10559 Berlin

Tel.Nr. 90229-3403
 Fax: 90229-3297

Aktenzeichen: 4636/ _____

ANTRAG

- auf Aufhebung oder Feststellung der Rechtsstaatswidrigkeit einer Maßnahme nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und/oder
- auf berufliche Rehabilitierung nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG)

von Personen, gegen die sich die Verfolgungsmaßnahme(n) richtete(n).

Fragen bitte sorgfältig beantworten, bei Bedarf Extrablatt benutzen.

Ich beantrage:

<input type="checkbox"/>	nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz die Aufhebung einer Verwaltungsmaßnahme oder die Feststellung ihrer Rechtsstaatswidrigkeit - Anlage VwRehaG -
<input type="checkbox"/>	nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz meine berufliche Rehabilitierung (Rehabilitierungsbescheinigung) - Anlagen BerRehaG und BerRehaG (S) -
	Zusätzlich beantrage ich eine vorläufige Rehabilitierungsbescheinigung nach dem BerRehaG, weil ich <input type="checkbox"/> eine Studienförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz ohne Anwendung der Altersgrenze beantragen <input type="checkbox"/> an beruflichen Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen teilnehmen <input type="checkbox"/> Ausgleichsleistungen wegen meiner besonders beeinträchtigten wirtschaftlichen Lage in Anspruch nehmen will.

Allgemeine Angaben

Die folgenden Fragen bitte **immer** vollständig beantworten!

1. Name, Vorname:		2. Geburtsdatum:	
3. Geburtsname und evtl. weitere frühere Namen:		4. Name zur Zeit der Schädigung:	
5. Geburtsort, Kreis, Land:			
6. Jetziger Wohnort oder ständiger Aufenthalt: (Straße, Postleitzahl, Wohnort, Telefon)			
7. An welchem Ort in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR ist die Maßnahme ergangen, die Grundlage des von Ihnen geltend gemachten Anspruchs ist?			
8. Haben Sie in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 Ihren Wohnsitz ununterbrochen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR gehabt?			
<input type="checkbox"/> Ja, der Wohnsitz war ununterbrochen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR. <input type="checkbox"/> Nein, der Wohnsitz war nur zeitweise in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR. vom bis in vom bis in vom bis in vom bis in vom bis in <input type="checkbox"/> Nein, ich bin erst am in die ehemalige sowjetische Besatzungszone / DDR umgezogen/zurückgekehrt.			

Wichtiger Hinweis:

Leistungen bzw. Folgeansprüche nach dem Gesetz sind ausgeschlossen,
 - wenn der Berechtigte oder derjenige, von dem er seine Rechte herleitet, bzw.
 - wenn der Verfolgte
 gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen
 oder in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum
 Nachteil anderer missbraucht hat (§§ 2 Abs. 2 VwRehaG, 4 BerRehaG).

Die folgenden Angaben zu den Fragen 9 und 10, die die vorstehenden Ausschließungs-
 gründe betreffen, sind freiwillig. Sie dienen der Vereinfachung des Verfahrens bei der
 Rehabilitierungsbehörde, die vor einer Entscheidung die Ausschließungsgründe zu prüfen
 hat.

9. a) Waren Sie als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter oder auf vergleichbare Weise für die Staatssicherheit in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR oder für das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig?

Nein
 Ja (ausführliche Angaben über Art und Zeitraum der Mitarbeit auf gesondertem Blatt)

b) Waren Sie in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR im Staatsapparat, in der SED oder in den Block-Parteien in leitender Funktion oder in Funktionen mit Entscheidungsbefugnis tätig?

Nein, ich habe keine derartigen Funktionen ausgeübt.
 Ja

Zeitraum:	Staatliche Stelle/Partei:
Funktionen:	
vom bis	in als
.....	
vom bis	in als
.....	
vom bis	in als
.....	
vom bis	in als
.....	

10. **Nur von Antragstellern zu beantworten, die vor dem 9. Mai 1927 geboren sind.**

a) Waren Sie während der NS-Zeit Mitarbeiter der Gestapo oder hatten Sie Funktionen in der SS?

Nein
 Ja (ausführliche Angaben über Art und Zeitraum der Mitarbeit/Funktion auf gesondertem Blatt)

b) Waren Sie während der NS-Zeit im Staatsapparat, in der NSDAP, der SA oder in vergleichbaren Organisationen, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet haben, in leitender Funktion oder in Funktionen mit Entscheidungsbefugnis tätig?

Nein
 Ja

Zeitraum:	Partei/Organisation:	Funktionen:
vom bis	in	als
vom bis	in	als
vom bis	in	als
vom bis	in	als

11. Legen Sie bitte für die im Antrag gemachten Angaben schriftliche Beweismittel vor. Sollten Sie keine schriftlichen Beweismittel haben, nennen Sie bitte Anschriften oder fügen Sie schriftliche Erklärungen von Zeugen bei, die Ihre Angaben bestätigen können.

zu folgender Frage:

Name und Vorname des Zeugen	Anschrift:
.....
.....
.....

zu folgender Frage:

Name und Vorname des Zeugen	Anschrift:
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Mir ist bekannt, dass ein begünstigender Bescheid zurückgenommen und eine gewährte Leistung zurückgefordert werden kann, wenn er/sie auf Angaben beruht, die der Begünstigte vorsätzlich oder grob fahrlässig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig gemacht hat, oder wenn nachträglich Ausschlussgründe bekannt werden.

Die im Antrag erhobenen Angaben sind für das verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsverfahren bzw. das berufliche Rehabilitierungsverfahren erforderlich.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Datenschutzerklärung

Im Rahmen Ihres Antrags auf Rehabilitierung werden im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) Ihre Stammdaten (Name, Geschlecht, Geburtsdatum, Anschrift (ab dem 18. Lebensjahr)), das zu Ihrem Fall gehörende Aktenzeichen und eine Information zum Vorliegen von Ausschließungsgründe in einer Datenbank elektronisch gespeichert. Die Datenbank wird zur Registratur der Antragsvorgänge, zur Erstellung der Statistik, zur Erstellung von Schreiben und zum Abgleich des Vorliegens von Ausschließungsgründen innerhalb der verschiedenen Rehabilitierungsverfahren geführt

Die Daten haben Sie uns entweder selbst mitgeteilt oder wir haben sie von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR übermittelt bekommen.

Rechtsgrundlagen für diese Datenverarbeitung sind:

- § 25a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
- § 19 Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG),
- § 11 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
- § 21 I Nr. 1, Nr. 7d Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG)

Außerdem besteht die Möglichkeit, dass Sie uns die Einwilligung dazu geben, auf der Grundlage Ihrer Stammdaten, Nachweise bei anderen Institutionen, die Unterlagen zu Ihrer Person aus der Zeit der ehemaligen DDR besitzen, zu ermitteln. Diese Einwilligung ist dann die Rechtsgrundlage für die Übermittlung Ihrer Stammdaten an eine solche Stelle.

Eine weitere Übermittlung oder Offenlegung der Daten erfolgt nicht.

Einblick in die Datenbank haben nur die zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Rehabilitierungsbehörde. Nur im Falle eines gerichtlichen Verfahrens erhalten auch die für die Prozessführung zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des LAGeSo Zugriff auf die Datenbank.

Die Datensätze in der Datenbank können aufgrund der Möglichkeit eines wiederholten Antrags auch z.B. durch Erben nach Wegfall der gesetzlichen Antragsfrist nicht gelöscht werden. Es werden behördliche Dokumentationspflichten bis zum Jahr 2080 – gemessen an der Lebenszeit potenzieller Antragsteller – prognostiziert.

Ihre Daten sind jedoch durch die technischen und organisatorischen Maßnahmen des Landes Berlin und des LAGeSo umfassend geschützt.

Sollten Sie ein Anliegen zum Datenschutz haben, können Sie sich als Verantwortlichen an den Leiter des Referats II B im LAGeSo (Telefonnummer: 030 – 90229/3416 Mailadresse: SED.UnBerG@lageso.Berlin.de, Dienstgebäude: Turmstraße 21 – Haus A, 10559 Berlin) oder an die Datenschutzbeauftragte (LAGeSo - ZSL DSB, Tel.: 030-90229-1209, Mail: datenschutz@lageso.berlin.de) wenden.

Zum Schluss möchten wir Sie noch auf Ihre datenschutzrechtlichen Rechte hinweisen. Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen der europäischen Datenschutzgrundverordnung folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten Daten.
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf Löschung nicht (mehr) benötigter Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf jederzeitigen Widerspruch gegen die Datenverarbeitung.
- Recht auf Ausschluss einer ausschließlich automatisierten Entscheidung.
- Recht jederzeit die Behörde der/des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit anzurufen.“